



Hessen wird gerechter

Wir wollen, dass Hessen sozialer und gerechter wird. Ein Meilenstein auf diesem Weg ist das Sozialbudget, das die schwarz-grüne Landesregierung eingerichtet hat. Wir haben in der Opposition lange dafür gekämpft, dass die Operation Düstere Zukunft – die drastische Kürzung der Sozialleistungen des Landes 2003 – rückgängig gemacht wird. Dass es uns nun gelingt, trotz Haushaltssanierung die soziale Infrastruktur massiv zu stärken und so dafür zu sorgen, dass Menschen in Not mehr Hilfe bekommen, ist ein historischer Schritt. Das Geld steht der wertvollen sozialpolitischen Arbeit von Kommunen, Verbänden und Institutionen über den laufenden Haushalt hinaus verlässlich zur Verfügung und gibt ihnen damit trotz der Schuldenbremse Planungs- und Handlungssicherheit. Das nutzt den Menschen im Land, für die diese Einrichtungen arbeiten.

Planungssicherheit für soziale Projekte

Wir haben die freiwilligen sozialen Leistungen des Landes deutlich aufgestockt und für die gesamte Legislaturperiode vor Kürzungen geschützt. Es stehen jetzt jährlich rund 70 Millionen Euro im Sozialbereich zur Verfügung – 18 Millionen Euro mehr als bisher. Hinzu kommen zehn Millionen Euro für die Förderung der gemeinsamen Betreuung von Kindern mit und ohne Behinderung.

Für viele Träger sozialer Angebote bedeutet das Planungssicherheit, die bundesweit Ihresgleichen sucht. Und auch die Menschen, die diese Angebote nutzen, können sicher sein, dass es diese verlässlich gibt.

Vielfältige Förderung

Mit dem Sozialbudget werden unter anderem Frauenhäuser, Schuldner-

beratungen und Integrationsprogramme besonders unterstützt. Ein Beispiel ist der Mädchenbus aus Nordhessen. Hier werden Mädchen in der Gesundheits- und Gewaltprävention beispielsweise zu Suchtfragen, Essstörungen, psychischen Problemen und Cyber-Mobbing sowie zu physischer, psychischer und sexualisierter Gewalt beraten. Wirkungsvolle Sozialpolitik unterstützt die Menschen in ihrer Selbstbestimmung und erkennt ihre Vielfalt als Bereicherung für unsere Gesellschaft an. Gute Sozialpolitik grenzt niemanden aus, sondern schafft Chancengerechtigkeit und Teilhabemöglichkeiten für alle, unabhängig von sozialer Herkunft, Alter, Geschlecht und kulturellem Hintergrund. Sie grenzt niemanden aus, sondern schafft Chancengerechtigkeit und Teilhabemöglichkeiten für alle. Hessen wird mit dem Sozialbudget ein gutes Stück gerechter.



Im Einklang mit der Natur

Die Nachfrage nach ökologisch erzeugten Lebensmitteln aus der Region boomt. Viele Bio-Produkte wie Eier, Obst, Gemüse und Fleisch müssen aber importiert werden, obwohl sie auch in Hessen produziert werden könnten.

Landwirtschaft sichern und stärken sollte. Partner dabei war allein der hessische Bauernverband. In diesem Jahr ist es gelungen, den Pakt mit insgesamt 27 Vertragspartnern aus dem landwirtschaftlichen Bereich – darunter auch die Öko-Landwirte, Garten- und Weinbauverbände – auf eine breitere Basis zu stellen und ihn auch inhaltlich zu erweitern. Neu aufgenommen wurden etwa Leitlinien zu mehr Tierwohl für Nutztiere, für die Stärkung des Ökolandbaus, für eine gentechnikfreie Landwirtschaft sowie eine transparente regionale Vermarktung.

Ökoaktionsplan

Mit dem Ökoaktionsplan schaffen wir eine verlässliche Förderung des Öko-Landbaus. Zu den konkreten Maßnahmen gehören eine verlässliche und angemessene finanzielle Unterstützung des Öko-Landbaus, sowohl bei der Umstellung auf Bio-Betrieb als auch als langfristige Förderung. Außerdem sollen die Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen des ökologischen Landbaus gestärkt werden. Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der Grundlagenarbeit: Die ökologische Landwirtschaft wird als Forschungsdisziplin, als Ausbildungsweg und in der landwirtschaftlichen Beratung gestärkt. Der Ökoaktionsplan wird den ökologischen Landbau stärken und bringt

Umweltschutz und Landwirtschaft besser miteinander in Einklang. Und: Hessen bleibt gentechnikfrei. Die meisten Menschen wollen keine gentechnisch veränderten Lebensmittel. Deshalb ist Hessen dem Europäischen Netzwerk gentechnikfreier Regionen beigetreten.

Natürliche Wälder

Nicht nur in der Landwirtschaft, auch in der Forstwirtschaft schaffen wir die Voraussetzungen für eine nachhaltige Entwicklung. Eine wichtige Maßnahme ist die schrittweise Umstellung des Staatswaldes auf zertifizierte ökologische Bewirtschaftung nach den Kriterien des Forest Stewardship Council (FSC). Das Land ist der größte Waldbesitzer in Hessen, ihm gehören 40 Prozent der gesamten Waldfläche. Daher ist es wichtig, dass die staatlichen Forstämter bei der nachhaltigen Bewirtschaftung der Wälder vorangehen.

Der FSC-Standard schließt unter anderem den Einsatz künstlicher Pflanzenschutzmittel aus, gibt einheimischen Bäumen den Vorrang und schreibt vor, dass ein Anteil von fünf Prozent der Fläche permanent aus der Bewirtschaftung genommen wird, um sich natürlich entwickeln zu können. In einem ersten Schritt werden neun Forstämter auf den FSC Standard umstellen. Die anderen der insgesamt 41 Ämter sollen nach und nach folgen.

Deshalb brauchen wir mehr Betriebe im Land, die auf Öko-Landbau umstellen. Für eine Neuausrichtung der Landwirtschaft tauschen wir uns mit den Öko-Landwirten und Vertretern der konventionellen Landwirtschaft aus. Wir betreiben keine ideologische Landwirtschaftspolitik, sondern richten uns nach den Wünschen der Verbraucherinnen und Verbraucher sowie nach den Bedürfnissen der Landwirtschaft. Deshalb gehören alle dazu, die großen und die kleinen Betriebe, die konventionelle Landwirtschaft und die Ökobetriebe.

Zukunftspakt Landwirtschaft

Die Landesregierung hatte 2012 einen Zukunftspakt Landwirtschaft geschlossen, der die bäuerliche



Ambitionierte Energiewende

Wir wollen den Anteil erneuerbarer Energien an der Energieversorgung deutlich steigern. Mit dem Abschied von der Atomkraft ist ein uraltes GRÜNES Ziel in großem gesellschaftlichem Konsens für Hessen bereits erreicht: Biblis ist abgeschaltet. Nun müssen wir die Abhängigkeit auch von fossilen Energieträgern Schritt für Schritt verringern. Wir brauchen die Energiewende, um den Klimawandel zu bekämpfen, der unsere Lebensgrundlagen und die der Tiere und Pflanzen gefährdet.

Ausbau der Erneuerbaren geht voran

In der Stromversorgung wollen wir den Anteil der erneuerbaren Energien in dieser Legislaturperiode verdoppeln. Derzeit sind fast 500 neue Windkraftanlagen schon genehmigt oder noch im Genehmigungsverfahren. Wenn sie alle in Betrieb sind, wird die Gesamtleistung der Windkraftanlagen um mehr als 130 Prozent höher liegen als zurzeit. Auch wenn wir die dezentrale Energieerzeugung im Land stärken: Hessen bleibt wegen seiner geographischen Gegebenheiten ein Stromimportland. Deshalb ist neben dem Ausbau der erneuerbaren Energien auch die Modernisierung des Stromnetzes notwendig. Das bestehende Netz ist nicht in der Lage, die benötigten Strommengen ohne Verluste zu transportieren. Die Gleichstromleitung SuedLink sichert die Versorgung des verbrauchsstarken

Südens in Deutschland mit grünem und kostengünstigem Windstrom aus Norddeutschland.

Energieeffizienz als Ressource

Energieeinsparung und Steigerung der Effizienz sind wichtig für den Klimaschutz. Ein sparsamerer Umgang mit Energie ist angesichts steigender Energiekosten auch eine Frage der sozialen Gerechtigkeit. Gerade bei alten Gebäuden kann eine energiebewusste Sanierung viel bewirken. Wir haben uns das ehrgeizige Ziel gesetzt, die Sanierungsrate auf mindestens 2,5 bis 3 Prozent anzuheben. Dazu haben wir die Finanzierung einer ganzen Reihe von Förderprogrammen beschlossen. Es gibt Geld zur Förderung der energetischen Sanierung von kommunalen Gebäuden, für Altbauten nach dem Passivhausstandard und für mehr Energieeffizienz im Mietwohnungsbau. Im Wohnraumfördergesetz haben wir die energetische Modernisierung als festes Kriterium bei anstehenden Modernisierungsmaßnahmen im sozialen Wohnungsbau verankert.

Fracking ist keine Lösung

Wir wollen verhindern, dass Energiekonzerne riesige Mengen giftiger Flüssigkeiten in den Boden pumpen, um Erdgas zu fördern. Fracking ist keine Lösung für unsere Energieprobleme. Weitere Anreize für die

Erprobung dieser Risikotechnologie zu schaffen, ist falsch. Hessen hat gemeinsam mit Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein eine Bundesratsinitiative vorgelegt, die eine Änderung des Bundesbergrechts fordert, mit der Fracking rechtssicher verboten würde. Die Bundesregierung dagegen hat die Tür für Wirtschaftsinteressen geöffnet. Wir sind enttäuscht über das wachsweiße Handeln von Energieminister Sigmar Gabriel (SPD) und Umweltministerin Barbara Hendricks (SPD) und werden in Hessen weiterhin alles dafür tun, dass es nicht zu Fracking kommt, sondern zu einer echten Wende hin zur sauberen und erneuerbaren Energiegewinnung.

Mehr Infos

Ländlicher Raum und Landwirtschaft:

► gruenlink.de/2g3

Energie und Klima:

► gruenlink.de/2g2

www.gruene-hessen.de



Kurz notiert

Gegen Extremismus

Wir treten entschlossen gegen Extremismus ein. Dafür bauen wir unter anderem das **Landespräventionsmodell** gegen Rechtsextremismus mit den Erstsprache, Elternberatung und Jugendarbeit aus. Außerdem unterstützen wir Programme, die das Abrutschen in den militanten Islamismus verhindern.

Für Schnelleres Internet

Künftig können sich die Kommunen bei der **Breitbandversorgung** wirtschaftlich betätigen. Das ist

wichtig, damit Menschen und Wirtschaft auch im ländlichen Raum schnelleren Zugang zu Informationen und Märkten haben. Außerdem wurde das Darlehensprogramm der Landesregierung zum Ausbau der Breitbandversorgung um 150 auf 350 Millionen Euro aufgestockt.

Für mehr Tierschutz

Wir sorgen für mehr Tierschutz. Beispielsweise gehen wir gegen die massenweise Tötung von sogenannten **Eintagsküken** in der Legehennenzucht vor. Und Hessen

ermöglicht den Kommunen eine Kastrationspflicht für Katzen einzuführen. Dort, wo es entsprechende Regelungen gibt, kommt es rasch zu einem Rückgang an streunenden und verwahrlosten Katzen.

Impressum

Herausgeberin:
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3, 65183 Wiesbaden
V.i.S.d.P.: Angela Dorn,
Parlamentarische Geschäftsführerin
Gestaltung und Layout:
Till Haupt, Sebastian Wanner

Betreuung garantiert

Nach den Sommerferien startet der größte Ausbau des Ganztags-schulprogramms, den es in Hessen je gegeben hat. Das Ziel, das die schwarz-grüne Koalition verfolgt, ist ein ehrgeiziges: Wir wollen in den nächsten Jahren schrittweise ein bedarfsgerechtes Bildungs- und Betreuungsangebot von 7.30 bis 17.00 Uhr für alle Grundschülerinnen und -schüler.

Die Bildungs- und Betreuungs-garantie greift den Wunsch vieler Eltern auf, auch in der Grundschule ein verlässliches Angebot bis in den Nachmittag hinein zu haben. Nach der Kita bricht derzeit für viele Familien das oft mühsam gefundene Betreuungsarrangement für ihre

Kinder zusammen. Mit der Bildungs- und Betreuungs-garantie schaffen wir mehr Zeit für individuelle Förderung für die Kinder und verbessern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für die Eltern.

Angebot entwickeln

Eine der Pilotregionen ist die Stadt Kassel. Die dort bereits begonnene Verzahnung von Bildungs- und Betreuungsangeboten mit der Grundschule hat Pate gestanden für das landesweite Konzept. Uns ist wichtig, dass die örtlichen Gegebenheiten und Wünsche in die Ausgestaltung einfließen. Wir wollen nicht allen dasselbe Ange-

bot überstülpen. Deshalb sind wir gespannt, wie die Pilotregionen den Pakt für den Nachmittag ausgestalten und welche Erfahrungen sie in der Pilotphase sammeln. Ab dem Schuljahr 2016/17 wollen wir dann schrittweise ein Angebot für alle Grundschülerinnen und -schüler in Hessen schaffen.

Mehr Infos

Bildung:
► gruenlink.de/2fw
www.gruene-hessen.de